

Antrag

der SPD-Fraktion und
der CDU-Fraktion

Bildungschancen verbessern, Zukunft sichern: Jetzt einen Strategie- und Beteiligungsprozess „Bildungsland Brandenburg 2035“ starten!

Der Landtag stellt fest:

Das Schulsystem in ganz Deutschland steht aktuell vor großen Herausforderungen. In der Vergangenheit haben sich der Mangel und der Überschuss an verfügbaren Lehrkräften abgewechselt. In den vergangenen Jahren wurde auf den Lehrermangel reagiert u.a. mit dem Ausbau der Ausbildungskapazitäten, einer Professionalisierung des Seiteneinstiegs und vielen anderen Maßnahmen. In den kommenden Jahren ist aber weiterhin mit höheren Schülerzahlen im Sekundarbereich zu rechnen. Ab dem Schuljahr 2028/2029 ist wiederum ein Rückgang zu erwarten.

Gleichzeitig brauchen Kinder- und Jugendliche Lernorte, die sie bestmöglich auf eine sich rasant wandelnde Welt vorbereiten. Das Schulsystem befindet sich somit heute aus vielerlei Blickwinkeln in zeitgleich stattfindenden dynamischen Prozessen.

Brandenburgs Schullandschaft braucht eine gut durchdachte und langfristig vorbereitete Strategie, um dem zu begegnen und zeitgleich Basis- sowie Zukunftskompetenzen weiterhin zu stärken. Denn das Bildungsland muss nicht nur kurz- sondern langfristig zukunftsfest gemacht werden. Dafür ist ein breiter Austausch mit allen im Bildungsbereich Beteiligten dringend notwendig. Ziel muss es sein, einerseits das Schulsystem auf die kommenden Entwicklungen vorzubereiten und strukturell resilienter für dynamische Entwicklungen in der Zukunft zu gestalten und andererseits die notwendige Unterstützung zu organisieren, die unsere Schulen und Lehrkräfte brauchen.

Vor diesem Hintergrund ist die Einberufung eines Strategie- und Beteiligungsprozesses „Bildungsland Brandenburg 2035“ notwendig, um einen solchen strategischen, breit getragenen und zukunftsorientierten Entwicklungsprozess zu ermöglichen.

Der Landtag fordert das für Schule zuständige Mitglied der Landesregierung auf:

- Dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport noch im Jahr 2026 ein Konzept zur Durchführung eines Strategie- und Beteiligungsprozesses „Bildungsland Brandenburg 2035“ vorzulegen. Hierfür sind Durchführungsschritte, Zeitpläne und Zielstellung klar zu definieren. Das Konzept soll unter Einbeziehung des LIBRA und unter Berücksichtigung aktueller wissenschaftlicher Erkenntnisse erstellt werden.

- Zur Erprobung von Formaten und zur Identifikation von Themen schon während der Konzepterstellung ab dem 3. Quartal 2026 erste niedrigschwellige, dezentrale, auch digitale Beteiligungsformate durchzuführen. Für die Beteiligung sind dabei Lehrkräfte, Schüler- und Elternvertretungen, die kommunale Verwaltungsebene als Schulträger, die Bildungs- und Lernforschung sowie Träger des deutschen Schulpreises aus ganz Deutschland zu berücksichtigen.
- Während der Konzepterstellung bereits eine niedrigschwellige digitale Möglichkeit für Rückmeldungen und Vorschläge für das Brandenburgische Bildungssystem zu schaffen (z.B. über eine Kampagnen-Landingpage oder die Bürgerbeteiligungsplattform der Landesregierung).

Begründung:

Angesichts von Lehrkräftemangel, demografischen Veränderungen und steigenden Anforderungen an Schule und Unterricht sowie veränderte Lernprozesse wird deutlich, dass kurzfristige Lösungen allein nicht ausreichen. Erforderlich sind vielmehr mittel- und langfristige Strategien, die auf den Erfahrungen aus der Praxis in Verbindung mit empirischen Erkenntnissen basieren. Es kann nur dann zu guten richtungsweisenden Entscheidungen für die Bildung in unserem Land kommen, wenn alle Beteiligten eingebunden sind, insbesondere Lehrkräfte, Schulleitungen, Schülerinnen und Schüler, Eltern, Gewerkschaften, Schulsozialarbeit, Schulträger, Verbände und dies unter Begleitung der Wissenschaft.

Der Strategie- und Beteiligungsprozess „Bildungsland Brandenburg 2035“ muss über die zeitlichen Grenzen dieser Legislatur hinaus gedankliche Weichen stellen für die Richtung der Entwicklung der Brandenburger Schulen. Dieser Prozess soll über die bereits üblichen und teils gesetzlich gebotenen Beteiligungsprozesse bei einzelnen Verordnungen und Maßnahmen hinausgehen.

Die breite Beteiligung bietet die Möglichkeit, unterschiedliche Perspektiven zusammenzuführen, wissenschaftliche Erkenntnisse mit praktischen Erfahrungen zu verbinden und gesellschaftliche Akzeptanz für notwendige Reformen zu schaffen und eröffnet zudem Offenheit auch für neue, unkonventionelle Ideen und Konzepte.